

RECHT

Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung
und Wirtschaft

per Email: post.c12@bmwfw.gv.at
und begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at

Österreichische Post AG
Unternehmenszentrale
Haidingergasse 1
1030 Wien, Österreich

Tel.: +43 (0) 577 67 / 23415
Fax: +43 (0) 577 675 / 23415
E-Mail: anneliese.ettmayer@post.at

25. MÄRZ 2015

**ENTWURF NOVELLE DES IWG 2005 IN UMSETZUNG DER PSI-RL 2013/98/EU
IHRE GZ: BMWFW-56.205/0049-C1/2/2014**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Österreichische Post AG erlaubt sich zum vorliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Bundesgesetz über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen geändert wird wie folgt Stellung zu nehmen:

§ 1 des IWG 2005 zielte – in Umsetzung der RICHTLINIE 2003/98/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 17. November 2003 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors – auf die Erleichterung der Weiterverwendung von Dokumenten öffentlicher Stellen ab. Nach Erwägungsgrund 10 dieser Richtlinie werden Öffentliche Unternehmen von den Begriffsbestimmungen „öffentliche Stelle“ und „Einrichtung des öffentlichen Rechts“ nicht erfasst.

Auch nach der Begriffsbestimmung für eine öffentliche Stelle in § 4 Absatz lit.d des IWG 2005 (in der Stammfassung) war die Österreichische Post AG jedenfalls nicht vom Anwendungsbereich des IWG erfasst.

Auch wenn feststeht, dass die Österreichische Post AG ihre Leistungen gewerblich erbringt (vgl §§ 2, 24 und 26 PMG) könnte aufgrund von jüngeren Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes die Tätigkeit eines Universaldienstbetreibers als im Allgemeininteresse gesehen werden; dann würde auch die Österreichische Post AG letztlich als Unternehmung nach § 4 Absatz 1 lit.d. gelten.

Dies war schon nach der Intention des Richtlinienerlassers keinesfalls gewollt.

Der gegenständliche Entwurf beabsichtigt die Umsetzung der RICHTLINIE 2013/37/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Juni 2013 zur Änderung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

Nach Erwägungsgrund 18 dieser Richtlinie soll die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2003/98/EG nur auf drei unterschiedliche kulturelle Einrichtungen beschränkt sein – auf Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive. Eine Ausweitung auf andere Unternehmungen ist daher auch nach dem Entwurf nicht beabsichtigt.

Die gänzliche Nicht-Anwendbarkeit des IWG 2005 und damit auch des gegenständlichen Entwurfes auf Postdiensteanbieter ergibt sich zudem implizit aus § 35 Abs 2 des Postmarktgesetzes BGBl I 2009/123 idgF, wonach Postdiensteanbieter anderen Postdiensteanbietern Zugang zu Adressdaten zu gewähren haben, wenn sie diese für das Nachsenden, oder das Rücksenden von Postsendungen verwenden.

**RECHT**

Die Österreichische Post AG und Ihre Mitarbeiter stehen in praktisch allen Unternehmensbereichen im intensiven Wettbewerb zu Unternehmen, die keinesfalls dem IWG unterliegen würden. Um Wettbewerbsverzerrungen und die Schlechterstellung ihrer Mitarbeiter zu verhindern, ersucht die Österreichische Post AG daher, in das IWG eine Klarstellung aufzunehmen, wonach die Österreichische Post AG und andere vergleichbare Unternehmen nicht dem IWG unterliegen.

Sollte dieser Argumentation aber nicht gefolgt und die Österreichische Post AG als Universaldienstbetreiber auch als öffentliche Stelle angesehen werden, erlauben wir uns anzuregen, in die Regelung in § 3 Absatz 1 aufzunehmen, dass dieses Bundesgesetz nicht für Dokumente gilt, die im Besitz der Österreichischen Post AG oder ihrer Tochtergesellschaften sind und der Wahrnehmung des Allgemeininteresses als Universaldienstbetreibers dienen.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Manuela Bruck
Leitung Unternehmenskommunikation

Mag. Anneliese Ettmayer
Leitung Abt. Recht